

brauch immer möglich ist. Das wird mir umso deutlicher, je mehr bekannt wird, was alles unter der Regie des MfS gelaufen ist und welche Menschenrechtsverletzungen begangen bzw. zugelassen wurden.

Ich habe aber auch Bedenken, daß Vergangenheit allein durch die Einsicht in die Akten des MfS aufgearbeitet werden kann. Eine Akte entscheidet nun oft über die Weiterbeschäftigung im Betrieb, während viele, die großes Unrecht im Betrieb zugelassen haben, weiter bestimmen, weil es über ihre Taten keine Akte gibt. Mir droht heute jedenfalls nahezu das Gleiche, was ich unter den anderen Gesellschaftsbedingungen zu befürchten hatte, wenn ich damals meine Verbindung zum MfS öffentlich gemacht hätte. Ich habe zum 27. Januar eine "Vorladung zur Anhörung wegen des Verdachts der Mitarbeit im MfS" bekommen. Danach wird entschieden, ob ich im Betrieb weiter arbeiten darf oder eine Kündigung erhalte.

Zum Schluß möchte ich noch versichern, daß ich für die von mir dem MfS gegebenen Informationen nicht bezahlt worden bin und auch sonst keine Vorteile hatte, wenn man von den für unsere Kirchengemeinde ungewöhnlich gut laufenden Patenschaftsbeziehungen absieht. Ich habe allerdings in sehr unregelmäßigen Abständen kleinere Beiträge, meist 50.-Mark, als sogenannte Entschädigung für meine Fahrten mit dem eigenen Pkw entgegengenommen.